

„Amnestie – Das Ende der politischen Verfolgung in der DDR“

Vortrag und Podiumsgespräch

Anreise:

Vom Hauptbahnhof Potsdam ist das Verfassungsgericht des Landes Brandenburg mit folgenden Straßenbahn- und Buslinien zu erreichen:

Straßenbahn: Linien 92 und 96 -

Straßenbahnhaltestelle „Nauener Tor“

(ca. 5 min Fußweg)

Wenden Sie sich hierfür an der Haltestelle ‚Nauener Tor‘ nach Westen und folgen Sie der Mittelallee der Hegelallee bis zum Jägertor.

Dort biegen Sie nach Norden in die Jägerallee ein, bis Sie in ca. 2 Minuten Fußweg das Justizzentrum erreichen.

Bus: Linien 695 und 692 - Bushaltestelle „Jägertor/Justizzentrum“

Zum Parken kann das öffentliche Parkhaus in der Hegelallee 6-10 genutzt werden.

Anmeldungen bis zum 21. Oktober 2019

Kontakt:

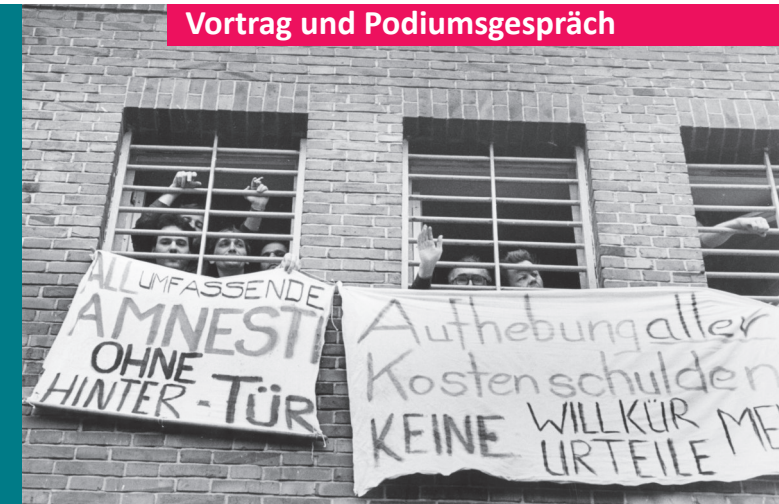
Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0
Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
Internet: www.aufarbeitung@brandenburg.de

Ansprechpartnerin:
Susanne Kschenka
Referentin für politisch-historische Bildung
Telefon: 0331 / 23 72 92 - 23



Justizvollzugseinrichtung Brandenburg-Görden, 5.12.1989
Häftlinge hinter vergitterten Fenstern mit Protest-Transparenten,
u. a. mit Forderung nach Amnestie.
Foto: akg-images (Torsten George)

**am 29. Oktober 2019 um 17:00 Uhr
im Verfassungsgericht
des Landes Brandenburg
Jägerallee 9-12, 14469 Potsdam**

Eine der wichtigsten Forderungen der Friedlichen Revolution 1989 war die juristische Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern der SED-Diktatur. Die Rechtsprechung in der DDR diente der Durchsetzung sozialistischer Ziele und folgte dabei den ideologischen Vorgaben der Staatspartei. Die Justiz war daher nicht unabhängig und bildete bis 1989 eine der wichtigsten Stützen der SED-Diktatur.

Die Ereignisse des Herbstes 1989 zwangen die DDR-Staatsführung, einzelne Strafrechtsparagrafen am 27. Oktober 1989 durch einen Amnestiebeschluss außer Kraft zu setzen. Dazu gehörte insbesondere der § 213, der sogenannte ungesetzliche Grenzübertritt, der bis zu diesem Zeitpunkt hart verfolgt wurde. Die erste und einzige frei gewählte Volkskammer der DDR beschloss am 29. Juni 1990 ein Strafrechtsänderungsgesetz, das alle Strafrechtsparagrafen aus dem Strafgesetzbuch der DDR entfernte, die vorrangig der politischen Verfolgung dienten.

Mit der Veranstaltung soll der Systemwechsel von einer Gerichtsbarkeit, die der Durchsetzung und dem Machterhalt des SED-Regimes diente, zu einer unabhängigen, dem demokratischen Prinzip der Gewaltenteilung verpflichteten Gerichtsbarkeit nachgezeichnet und bewusst gemacht werden.

Begrüßung

Dr. Maria Nooke

Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

Dr. Ellen Chwolik-Lanfermann

Präsidentin des Landgerichts Potsdam

Vortrag

Bernhard Jahntz

Gespräch

Bernhard Jahntz

Christoph Flügge

Anne Hahn

Jes Möller

Moderation **Dr. Christian Booß**

Im Anschluss besteht die Möglichkeit zu einem Gedankenaustausch bei Getränken und Gebäck.

Hinweis:

Vor der Veranstaltung besteht **um 15.30 Uhr** die Möglichkeit, an einer **Führung durch die Wanderausstellung „Von Sprachlosigkeit befreien“** im Landgericht Potsdam, Jägerallee 10-12, 14469 Potsdam, teilzunehmen.

Führung:

Petra Morawe, Referentin der LAKD für Grundsatzfragen der Rehabilitierung und Entschädigung, Bürgerberatung und Beratung öffentlicher Stellen

Das Landgericht befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Veranstaltungsort.

Biografisches

Bernhard Jahntz

Oberstaatsanwalt i. R., Abteilungsleiter zunächst bei der Arbeitsgruppe Regierungskriminalität bei der Staatsanwaltschaft beim Kammergericht, dann bei der Staatsanwaltschaft II beim Landgericht Berlin, zuletzt Leiter einer allgemeinen Abteilung bei der Staatsanwaltschaft Berlin, seit 2010 im Ruhestand

Christoph Flügge

Jurist, von 1983 bis 1989 Strafrichter am Landgericht Berlin und am Amtsgericht Tiergarten in Berlin, von 1989 bis 2001 Leiter der Justizvollzugsabteilung der Senatsverwaltung für Justiz, von 2001 bis 2007 Staatssekretär für Justiz in Berlin, von 2008 bis 2017 Richter am UN-Jugoslawientribunal (ICTY) in Den Haag und zusätzlich von 2012 bis 2019 Richter am UN-Residual Mechanism for International Criminal Tribunals (IRMCT)

Anne Hahn

Autorin verschiedener Bücher über Subkultur in der DDR und die Aufarbeitung subkultureller Strömungen, über ihre Flucht, die nachfolgende Haft im Herbst 1989 und die Entlassung aufgrund der Amnestie im November 1989

Jes Möller

Vorsitzender Richter am Landesozialgericht Berlin/ Brandenburg; ehemaliger Abgeordneter der letzten Volkskammer und ehemaliger Präsident des Verfassungsgerichtes des Landes Brandenburg

Dr. Christian Booß

Historiker und Journalist, ehemaliger Pressesprecher (2001-2006) und Projektkoordinator in der Abteilung Bildung und Forschung beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), Autor u. a. „Im goldenen Käfig: Zwischen SED, Staatssicherheit, Justizministerium und Mandant – die DDR-Anwälte im politischen Prozess“